

Titel der Drucksache:
Mitmenschliches Erfurt - Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten aus Seenotrettung

Drucksache **2087/18**
Stadtrat Entscheidungsvorlage
 öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	17.10.2018	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

Die Landeshauptstadt Erfurt bekennt sich zu Offenheit und Humanität gegenüber in Not geratenen Menschen. Das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Die Landeshauptstadt Erfurt ist bereit einen Beitrag dazu zu leisten, Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und sich an der Aufnahme der geretteten Menschen zu beteiligen.

Dem Oberbürgermeister wird empfohlen, sich dem offenen Brief der Thüringer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge, Mirjam Kruppa, anzuschließen.

02. 10. 2018, gez. i. A. Martin Kosny

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2018	2019	2020	2021
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Offener Brief der Thüringer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge an die Bundeskanzlerin

Begründung:

Die unzureichende staatliche Seenotrettung im Mittelmeer und die Unterbindung der durch Bürger*innen und Hilfsorganisationen organisierten Seenotrettung berühren die Grundlagen der Menschenrechte und des humanitären Miteinanders, auf denen die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland aufbauen. Es wird Menschen nicht nur die Möglichkeit genommen, ihr Recht auf die Stellung eines Asylantrags wahrzunehmen. Vielmehr wird billigend in Kauf genommen, dass hunderte Menschen monatlich im Mittelmeer ertrinken.

Die Landeshauptstadt Erfurt sollte dieser unterlassenen Hilfeleistung nicht schweigend zusehen. In den letzten Jahren hat die Landeshauptstadt bei der Aufnahme der geflüchteten Menschen organisatorisch und menschlich vorbildhaft reagiert und agiert. Es gab und gibt zahlreiche ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe tätige Bürger*innen, die durch ihr freiwilliges Engagement einen wichtigen und dankenswerten Beitrag leisten. Gegenwärtig gibt es in den in Erfurt befindlichen Flüchtlingsunterkünften ausreichend freie Plätze, da bereits eine Vielzahl der früheren Bewohner inzwischen in geregelte Lebensumstände gekommen ist. Die frei gewordenen Kapazitäten sind teilweise noch für einige Jahre vertraglich gebunden.

Erfurt sollte aufgrund seiner vorhandenen Kapazitäten, seiner Erfahrungen, zu aller erst aber

wegen der gebotenen humanitären und mitmenschlichen Haltung dem Sterben auf dem Mittelmeer gegen-über öffentlich seine Bereitschaft erklären, weitere Geflüchtete aus der Seenotrettung aufzunehmen.

In den letzten Wochen haben bereits zahlreiche andere deutsche und europäische Kommunen wie Köln, Düsseldorf, Bonn, Potsdam oder Barcelona erklärt, einen Beitrag leisten zu wollen, bis es ein neues System zum Umgang mit neu ankommenden Geflüchteten auf europäischer Ebene gibt. Vor wenigen Tagen hat nun auch die Thüringer Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge, Mirjam Kruppa, alle Thüringer Oberbürgermeister und Landräte eingeladen, sich einem gemeinsamen offenen Brief an Kanzlerin Merkel in diesem Sinne anzuschließen.

Die hohen Flüchtlingszahlen 2015 hatten ihre Hauptursache in den politischen Entwicklungen vor allem in Syrien, Afghanistan und dem Irak, die sich inzwischen deutlich verändert haben. Eine Abschottung Europas ist deshalb der falsche Weg zum Umgang mit solchen Krisen und eine Gefährdung des humanitären Wertefundaments unserer Gesellschaft.